

(A) **24 THESEN zur Bestimmung der Identität und Einheit Europas**

(August 2012; unveröffentlicht;

vgl. hierzu auch download 46 und 50 (Bayreuth / Erfurt 2007)

sowie den Beitrag in: Ingo Resch (Hg.): Mehr als man glaubt. Christliche Fundamente in Recht, Wirtschaft und Gesellschaft, Gräfelfing 2000, S.63-94)

- (1) Die Zukunft Europas kann nur im Bewußtsein seiner Herkunft errungen werden.
„Zukunft ist Herkunft. Wenn wir uns unserer Herkunft nicht mehr erinnern, wird Europa keine Zukunft haben.“ (Hans-Georg Gadamer, dt. Philosoph)
- (2) Die Herkunft Europas ist nicht allein durch das Christentum bestimmt, sondern durch die griechische Philosophie, insbesondere durch die Aufklärung, die in ihrer modernen Variante (I. Kant) zur Mündigkeit und Toleranz anleitet.
- (3) Im 19. und 20. Jh. sind die Kräfte bestimmend geworden, die den Geist der christlichen Aufklärung und der Idee der Toleranz nachhaltig zerstört haben.
- (4) Zu den Mächten, die gegen die europäische Aufklärung wirkmächtig zu Felde gezogen sind, gehört der Nationalismus und eine binnenperspektivische Sicht des Menschen, die ihn primär von Geschlecht, Rasse oder Nation bestimmt sein läßt.
- (5) Zu den Mächten der Gegenaufklärung gehören auch Marxismus und Kapitalismus, die Geld und Kapital als die alles bestimmende Wirklichkeit der menschlichen Existenz ansetzen.
- (6) Die jüngste Geschichte Europas ist bestimmt durch den Geist der Gegenaufklärung: Bevormundung, Normierung und Gängelung werden anstelle des „sapere aude“ gesetzt („Wage es, deinen Verstand ohne Gängelung durch andere zu gebrauchen“).
- (7) Die Geschichte Europas ist nach 1945 bestimmt durch einen Geist der Aussöhnung der durch Nationalismus und zwei Weltkriege entzweiten Völker Europas. Die dt.-frz. Aussöhnung darf als Paradigma erfolgreicher und echter Aussöhnung in Europa gelten.
- (8) Die bestimmende Macht des Christentums ist infolge der Gegenaufklärung zurückgegangen (in 100 Jahren von 95% auf heute 76% der europäischen Bevölkerung). Dennoch haben die Kirchen auch heute den Auftrag, nicht ihre konfessionalistische, selbstverliebte Kultur der Zerrissenheit zu pflegen, sondern ihren Anteil zur Versöhnung und Integration Europas beizutragen.
- (9) Die Einheit Europas kann nicht primär auf materieller Basis (z.B. des Geldes) errungen werden, d.h. in einem Prozeß der Ausblendung oder Verleugnung der eigenen Herkunft.
- (10) Die Errungenschaften der europäischen Geschichte, insbes. die Idee der Mündigkeit und Würde der Menschen, die parlamentarische Demokratie, die Teilung der Gewalten im Staat und die der Toleranz sind auch von den Kirchen gegen die Kräfte der Gegenaufklärung zu verteidigen.

- (11) Die Kirchen haben einen gesamtgesellschaftlichen und –europäischen Bildungsauftrag: Ihr Wächteramt besteht darin, den elementaren Zusammenhang zwischen Kultur, Recht, Ethik und Religion aufzuzeigen.
- (12) Die Errungenschaften der europäischen Kultur sind keine Selbstläufer. Ein Europa ohne übergreifende Visionen und ein elementares Herkunftsbewußtsein wird keine Zukunft haben.
- (13) Das Ziel dieser Vision kann nicht und muß nicht auf eine Expansion des europäischen Raumes ausgerichtet sein. Die innere Einheit hat stets Vorrang vor der äußeren.
- (14) Europa soll in lebendiger, friedlicher Konkurrenz seiner Völker stehen. Zum flexiblen Miteinander gehört auch das Recht auf parlamentarische Selbstbestimmung, das weder durch Fixierung an politische Einheitsstrategien noch durch andere Notstandsvorgaben aufgehoben werden darf.
- (15) Der Prozeß der europäischen Einigung kann zu guter Letzt auf europäische Währungsverbände hinauslaufen, die nach vollständiger Angleichung von Wirtschafts- und Finanzsystemvorgaben (die in ca. 50-80 Jahren bewerkstelligt werden könnte) als „Krönung“ dieses langwierigen Prozesses stehen darf.
- (16) Die Kirchen haben insbesondere ihr Wächteramt gegenüber der Vorherrschaft des ökonomischen Paradigmas in der Politik, ohne hier als die besserwissende Partei auftreten zu können oder zu müssen.
- (17) Die Solidität ausgeglichener Haushalte und eines Rückbaus der Überschuldungspolitik liegt im gesamteuropäischen Interesse; die Verschleppung von Insolvenzen bedarf der nachhaltigen politischen Ächtung.
- (18) Die Überschuldungspolitik ist eine effiziente Methode der Umverteilung, die dazu beiträgt, daß Reichere immer reicher und Ärmere immer ärmer werden (N. Blüm). Sie gefährdet den sozialen Frieden in Europa.
- (19) Nach dem Scheitern eines „positiven“ Sozialismus in Europa einen „negativen“ Schuldensozialismus einzuführen, der einzelnen Staaten erhebliche Anreize zur forcierten Überschuldung bietet, ist der europäischen Einheit nicht dienlich.
- (20) Das flexible Spiel ökonomischer Kräfte im offenen Wettbewerb trägt dazu bei, dass sich auch Staaten als mündige Subjekte verstehen lernen, die verantwortlich wirtschaften und haushalten müssen. Banken müssen die Freiheit haben, im Sinne des Gläubigerrisikos in Konkurs gehen zu können, ohne dass dieser verschleppt wird oder gar Verluste sozialisiert werden.
- (21) Die Kirchen sollten einen staatlichen oder zentralstaatlichen Dirigismus nicht unterstützen. Ein Brüsseler Zentralismus würde die Mündigkeit seiner Bürger, Parlamente und Staaten preisgeben statt sie zu stärken. Das Resultat wäre Europamüdigkeit und –verdrossenheit.
- (22) Die europäische Einheit ist von der vollständigen Einheit seiner Steuer-, Wirtschafts- und Währungssysteme weit weniger abhängig, als dies heute im Bewußtsein ist. Eine voreilig

eingeführte Gemeinschaftswährung kann nur das Gegenteil einer wirklich vollendeten Vereinigung Europas in versöhnter Vielheit nationaler Staaten und Kulturen bedeuten.

(23) Statt zentralistischer Vereinheitlichung muß eine Kompatibilität der Systeme mit offenen Grenzen angestrebt werden, die protektionistische Maßnahmen begrenzt.

(24) Die Einheit Europas ist heute (vgl. th. 8) nicht mehr auf der Basis des Christentums möglich, aber auch nicht unter spießbürgerlicher Negation und Verblendung der eigenen geschichtlichen Wurzeln Europas.

(B) Beiträge für Zeitungen (zum gleichen Thema):

a) Zu A. Zielcke Süddeutsche Zeitung 21.7.f, S.4 (Kommentar)

(auszugsweise abgedruckt in SZ Nr. 174, Montag, 30. Juli 2012, S.15)

A. Zielcke befasst sich in seinem Kommentar über „Eine neue Kontur Europas“ (SZ 21./22. Juli) mit den ‚Hausaufgaben‘ der Karsruher Richter angesichts der vereinbarten Hilfen für marode spanische Banken, wobei das Hilfspaket von ca. 100 Mrd. Euro am Finanzbedarf „jeder einzelnen Bank“ orientiert sein soll (21./22. Juli, S.9). Damit wird das No-bail-out-Prinzip unterlaufen und der dt. Steuerzahler „auf ewig“ zu Bürgschaftsleistungen und -zahlungen verpflichtet („Unauflöslichkeit der Verträge“). Wenn man in der frz. Presse im Blick auf die Haftbarmachung Deutschlands den schwierigen Vergleich mit Versailles (1919) bemüht, so wird dabei übersehen, dass es diesmal nicht um Reparationszahlungen geht, die bereits in 80-90 Jahren restlos beglichen sind.

Zu Recht stellt Zielcke fest, dass es um das parlamentarische Selbstbestimmungsrecht geht (sein Königsprivileg: die autonome Haushaltsgestaltung). Das BVG hat in der Tat nicht die Aufgabe, seine „Vision von Europa der Berliner Politik“ vorzusetzen. Entscheidend ist: Die Würde des Menschen hängt nicht am Euro (Art. 1 GG), weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands. Das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie hängt aber sehr wohl daran, die Geldherrschaft und ihren politischen Einfluss strategisch und prinzipiell zu begrenzen.

Heute handelt es sich um weit höhere Summen als die in Versailles gegen Deutschland vereinbarten, und die Situation ist weitaus brisanter und verfahrenener als 1919. Die Gefährdung des Friedens in Europa ist heute nachhaltiger. Wenn die spanische Regierung (berechtigterweise) Einsparungen von 65 Mrd. beschließt und gleichzeitig 100 Mrd. (unberechtigt) von der EU an marode Banken fließen, um hochriskante Immobilienspekulationen spanischer Bankhäuser zu kompensieren, dann kann das die Massen in Europa durchaus mobilisieren. Auf diesem Weg wird auch das antideutsche Ressentiment in Europa erneuert und verstärkt. Aus diesem Ressentiment heraus sind im 20. Jh. bereits zwei Weltkriege resultiert, um die kulturelle, ökonomische, technische und (in den Dreißigerjahren) auch militärische Vorherrschaft Deutschlands in Europa zu zerschlagen. Dies ist gelungen; allerdings ist das Nachkriegsdeutschland – und damit auch das Ressentiment seiner Nachbarn – soweit wiedererstarkt, dass Frankreich (als eine der zustimmungspflichtigen Siegermächte) 1989 die Liquidierung der starken DM zur Bedingung der dt. Wiedervereinigung gemacht hat – mit Erfolg, weil Kohl in diesem Punkt ungeheuer naiv war.

Der Preis für die Aufhebung der Kriegsfolgen in Europa (Teilung nach der Protegierung Stalins durch Churchill und Roosevelt; Vordringen der Sowjetunion nach Ost- und Mitteleuropa) war somit ein Konstrukt mit dem Geburtsfehler, dass das zentrale Instrument staatsindividueller flexibler Auf- oder Abwertung (von dem das Währungsgefüge insgesamt lebt) abgeschafft wurde. Das BVG kann diesen Fehler nicht kompensieren (es ist nicht der liebe Gott, denn ohne Allmacht lässt sich das nicht

kompensieren); es muss ihn aber in seiner politischen Wirkung erfassen. Alles Weitere ist Sache politischer Gestaltung – und nur für deren Freiraum hat das BVG Sorge zu tragen.

Den Währungsverbund einfach aufzulösen, wäre kurzschlüssig. Einige schwächere Staaten „herauszudrängen“ oder zum „freiwilligen“ Austritt zu zwingen, wäre – auch von den Euro-Gründungsverträgen her – sehr problematisch. Eine deutsche Vorherrschaft über den Euro anzupeilen oder gar den Brüsseler Zentralismus und Autismus (und damit die Europamüdigkeit und –verzweiflung) noch weiter voranzutreiben (wie Zielcke offenbar will), politisch fatal.

Konkret sollte der Euro unter der Egide nicht von Berlin, sondern von Paris stehen. Er ist im Kern eine französische Idee und Forderung. Zudem hat Paris im Juni d.J. gezeigt, wie effektiv und reibungsfrei es sich mit Italien und Spanien verständigen kann (bewusst auch an Deutschland vorbei).

Um die Kohärenz von ökonomisch vergleichbar starken Staaten im Euro-Raum wieder herzustellen, ist ein Austritt Deutschlands (vielleicht konzertiert mit Österreich, Holland und Finnland?) die sauberste Lösung. Man könnte zeitnah danach einen neuen Währungsverbund begründen, der z.B. auch für Großbritannien und Dänemark offen wäre.

In seiner jetzigen Struktur wirkt der Euro wie ein Spaltpilz in Europa: Er trennt die vermeintlich besseren Euro-Mitglieder der EU von denen, die den Euro nicht wollen (aus guten Gründen). Man sollte aufhören, z.B. die Engländer als Europäer zweiter Klasse anzusehen. Zudem wirkt der Euro spaltend auch nach innen: Er schafft mittels Aufhebung parlamentarischer Selbstbestimmungsrechte (über das Wirken von EU-Kommissaren der Brüsseler Autokratie) eine nachhaltige Gefährdung von Frieden und Demokratie in Europa. Deshalb ist seine Verkleinerung oder Zerschlagung die Bedingung für ein künftiges Europa in Frieden und Freiheit, wobei es seine „Erbkrankheit“ (nämlich das jetzt wieder übermächtig werdende antideutsche Ressentiment) nachhaltig überwindet. Das BVG hat nicht zu Europavisionen oder über die verheerenden politischen Vertragskonzepte (Fiskalpakt, ESM) zu urteilen, sondern – wie Zielcke zu Recht schreibt – „die Haushaltsautonomie des Parlaments“ stark zu machen. In Zeiten, wo gerne politische Zwänge geltend gemacht werden, ist man geneigt, im höheren europäischen Interesse Notstandspakte und –regelungen einzuführen, die Recht und Gesetz bewusst unterlaufen. Diese subversive Funktion der Eurozonen-Länder (wohlgemerkt nicht der EU, nicht der europäischen Idee!) einzugrenzen, ist zuvörderst die Pflicht des BVG.

Die bisherigen Errungenschaften der EU seit 1952 (Montanunion, Abbau der Zollhandelschranken in der EWG, Freihandelsabkommen) sollten nicht konterkariert und aufs Spiel gesetzt werden, ebensowenig der Frieden in Europa. Der Ausstieg einiger Länder (nicht nur Deutschlands) aus dem Währungsverbund kann nicht mit einem Schlag diesen Frieden wiederherstellen, aber den Euro auf weniger sparwillige und ökonomisch schwache Kandidaten begrenzen, so dass er abwertbar und politisch sowie ökonomisch beherrschbar wird. Da die Rechtsgeschichte des Euro von Anfang an auf schiefer, schludriger Ebene angebahnt und mit nicht-kompensierbaren Geburtsfehlern behaftet wurde, zudem unter Schröder/Eichel trotz schärfster Warnungen ein blinder Expansionswahn in der Eurozone zum Durchbruch kam (Griechenland u.a.), hat eine Begrenzung dieses Zwangskonstrukts (das gegen alle ökonomische Vernunft installiert wurde) befreienden Charakter – und zwar für alle Beteiligten.

Dass wir vom Euro profitieren würden, ist eine fromme Mär' (diese Rechnung aufzumachen, wird erst vom Ende her möglich sein!). Denn der massive Wert- und Kaufkraftverlust des Euro (z.Zt. nur noch ca. Eur 1,21 zum US \$) betrifft keineswegs nur verbrauchsfähige Rohstoffe, Warenimporte oder Touristen im EU-Ausland. Auch unsere Exportindustrie produziert größtenteils auf Basis importierter Güter, die zu immer höheren Preisen eingeführt werden müssen. All das spricht dafür, dass wir dieses Experiment nicht weiter verfolgen, d.h. nicht unbeirrt und unentwegt diesen Irrweg bis zum bitteren Ende gehen sollten. Die Zerschlagung eines zwangsweise übergestülpten

Währungsverbundes hätte für Europa auch die wichtige Chance, sich auf das geistig, kulturell und ethisch Verbindende zu besinnen – und Besinnung in Zeiten taumelnder Politik wäre nicht das Dummste. Von einer Europapolitik des blinden Taumelns und Getriebenwerdens zu einer demokratisch legitimierten Politik zurückzukehren, die *ganz* Europa im Blick hat, wäre entscheidend, wird aber in dieser verfahrenen Situation nicht leicht möglich sein. Das BVG hat hier nun seine Aufgabe, da es – anders als die Regierung – von zwanghaft fixierten Europakzepten und ökonomischen Triebkräften ganz absehen darf, um das Grundgesetz ganz unbefangen in den Blick zu nehmen.

b) Beitrag f.d. **FAZ** (unveröffentlicht) Zu **P. Kirchhoff**, „**Verfassungsnot!**“

Die Geschichte eines Ressentiments

Der Artikel von P. Kirchhoff („Verfassungsnot!“ F.A.Z. vom 12. Juli) beleuchtet schön die rechtliche Seite des Problems. „Die EU steht und fällt mit ihrer Rechtllichkeit.“ Auch, aber nicht nur! Ob mit Vertragstreue allein die Geburtsfehler des Euro kompensiert hätten werden können, ist die Frage. Die politischen und ökonomischen Aspekte bleiben bei Kirchhoff ausgeblendet. Die beiden Weltkriege sind im 20. Jh. aus einem Ressentiment gegenüber der Vormachtstellung Deutschlands heraus geführt worden, die (z.B. in den Dreißigerjahren) nicht nur eine kulturelle, wissenschaftliche und technische, sondern auch eine militärische zu werden drohte. Die Teilung Deutschlands und Europas durch die ungehemmte Westexpansion der Sowjetunion war die Folge nach 1945. Durch die Verhinderung einer vorzeitigen Kapitulation und das Scheitern der Attentate auf Hitler (zuletzt am 20.7.44) war dieses Vordringen nach Westen forciert, Churchill und Roosevelt (unfreiwillig) zu Hilfsgesellen Stalins geworden. Dies durch eine europäische Wiedervereinigung zu kompensieren, war ein hehres, aber mithilfe Gorbatschows nicht irreales Ziel. Allerdings war die Zustimmung der Siegermächte, auch Frankreichs, erforderlich. Dort herrschte neuerlich ein Ressentiment gegenüber der Wirtschafts- und Finanzstärke Deutschlands. Die Geburt des Euro erfolgt auf der Basis dieses Ressentiments unter Kohl und Mitterand. Die DM musste weg. Statt sich sinnvollerweise mit den positiven Konsequenzen einer gelungenen dt.-frz. Aussöhnung und einem seit 1952 in die Wege geleiteten vereinten Europa (Montanunion, später EWG) zu begnügen (Abbau von Zollhandelschranken, freier Wettbewerb), wollte man unbedingt mehr. Kirchhoff übergeht den ökonomischen Geburtsfehler, der darin liegt, dass den höchst unterschiedlichen Volkswirtschaften eine Gemeinschaftswährung übergestülpt wurde. Diese wäre *nach* einem ökonomischen Assoziations- und Angleichungsprozess (der ca. 60-80 Jahre mindestens braucht) nicht ausgeschlossen gewesen. In der vorliegenden Form hat sie aber für Frieden, Freiheit und Einheit Europas schwerwiegende Folgen. Die Einheit Europas bedroht sie doppelt: Der Euro spaltet Europa einerseits in die vermeintlich besseren Europäer, die den Euro haben, und die anderen (Dänemark, Großbritannien, Norwegen etc.), die ihn nicht einführten. Andererseits führt er zur Spaltung Europas *innerhalb* der Euroländer in Sparwillige und Sparunwillige (der frz. Präsident Hollande, zeitweise auch in Deutschland Gabriel, Trittin u.a.), die eine negative Vergemeinschaftung der ungezügelt forcierten Gesamtverschuldung (z.B. via Euro-Bonds) vorantreiben.

Die Frage ist also nicht so harmlos einfach die, ob wir den Euro „brauchen“ oder nicht (vgl. Th. Sarrazin, F.A.Z. 17. Juli „Geburtsfehler Maastricht“) – Gott, was haben wir nicht alles, was wir eigentlich nicht brauchen! – , sondern welche realpolitischen Folgen er hat für die Wirtschaft, Freiheit und Frieden in Europa, nicht zuletzt auch für die Stabilisierung der demokratischen Systeme (gegen eine Gängelung durch die Brüsseler Autokratie, die durchaus zum Totengräber der europäischen Idee werden könnte; für einen „europäischen Bundesstaat“ – so Sarrazins Idee – sind wir leider noch nicht reif).

Die Lösung kann nur darin bestehen, Europa dadurch zu stärken, dass die nationalen Demokratien in ihrer Souveränität unterstützt werden. Eine ständige Einmischung durch Sparkommissare (von Brüssel aus in die nationale Haushaltspolitik) wäre das Ende von Freiheit und Demokratie in Europa. Man würde den europäischen Einigungsprozess konterkarieren durch eine Eurokratie, die die relative Selbständigkeit und nationale Selbstbestimmungsrechte missachtet. Wer der Meinung ist, dass es Aufgabe der Euro-Staaten ist, marode Banken zu „retten“, die sich mit Immobiliengeschäften nachhaltig verspekuliert haben, mag dies so denken, aber bitte für sich behalten. Er sollte aber keinesfalls die Gelegenheit haben, dies politisch umzusetzen. Es geht um Frieden und Freiheit in Europa, nicht nur um die Bewahrung ökonomischer und finanzpolitischer Souveränität. Wenn derzeit Hunderttausende in Madrid auf die Straße gehen (vgl. F.A.Z. v. 21. Juli, S.9), um gegen die von Deutschland via Brüssel aufoktroierte Sparpolitik zu demonstrieren, ist das vielleicht erst der Anfang einer nachhaltigen politischen Destabilisierung in Europa.

Die Antwort kann nicht sein, in einer Art Trotzreaktion die Brüsseler Autokratie weiter zu stärken (und jedem, der sie nicht bejaht, offen oder unter der Hand abzusprechen, ein guter Europäer zu sein). Die Antwort kann auch nicht sein, dass einzelne Mitglieder oder die Euro-Länder mehrheitlich einzelne aus dem Verbund herausdrängen. Der (künftig begrenzte) Euro-Raum sollte demokratisch geleitet werden und vornehmlich unter der Egide Frankreichs stehen. Schon im Juni 2012 zeichnete sich ab, dass Frankreich in der Lage ist, sich gut mit Italien und Spanien abzustimmen (gerne auch an Deutschland vorbei). Für die anderen, noch gesünderen Euro-Länder wie Deutschland, Österreich, Holland und Finnland gilt, dass sie in einer konzertierten Aktion eines gemeinschaftlichen Austritts die relative Homogenität des Euro-Raumes wieder herstellen können. Nach diesem Austritt, der unter gegebenen Umständen leider die einzige nachhaltige Lösung ist, sollte man nicht versuchen, zu nationalen Währungen zurückzukehren, sondern für diese Staaten eine eigene Gemeinschaftswährung anzupeilen, die dann auch für die Länder Nordeuropas offen sein müsste (z.B. Dänemark, England), die eine Gemeinschaftswährung bisher noch aus guten Gründen abgelehnt haben. So würde aus der Not die Tugend erneuter Öffnung für die (berechtigten) Euro-Skepsis-Länder.

Wenn man die Geschichte der Entstehung des Euro betrachtet, so ist seine „Erfolgsgeschichte“ nicht nur auf falschen Voraussetzungen gebaut, sondern (vgl. Schröder/Eichel) auch auf multilateralem Vertragsbruch (vgl. Kirchhoffs Artikel) und Expansionswahn (z.B. Griechenland) trotz massiver Warnungen. Diese Geschichte nun einfach kontinuierlich fortzusetzen mit immer wieder neuen Rettungsaktionen für marode Bankhäuser in Südeuropa, ist fragwürdig. Und bei den Staatsbürgschaften anzunehmen, sie belasteten Deutschland künftig fiskalpolitisch nicht, ist eine wenig fromme Form der Selbsttäuschung. Spanien hat bei seinen ökonomischen Zukunftsaussichten, seiner Staatsverschuldung und einem Refinanzierungszins von gut 7 % (der bald aber auf 10-12% steigen könnte), nicht die geringste Chance, die Gelder ganz oder wenigstens teilweise zurück zu zahlen. So sind auch diese 100.000.000.000.- Euro sicher in den Sand gesetzt und ein wesentlicher Beitrag für den Demokratieabbau und das antideutsche Ressentiment in Europa. Vielleicht wäre es – wenn man nun offensichtlich auf einem Irrweg ist – ganz gut, nicht einfach unbeirrt und unentwegt weiterzumachen wie bisher. Das wäre phantasielose und europafeindliche Politik, die zudem höchst unredlich ist, wenn sie naiv behauptet, der Euro bringe uns (langfristig – die Rechnung ist ja noch offen!) wirtschaftliche Vorteile. Wer z.B. in Länder der Dritten Welt den stets fallenden Wert seiner Währung bemerkt oder Öl in harten (?) Dollars zahlen muss, der kann schon jetzt sehr schnell merken, dass hier Milchmädchenrechnungen präsentiert werden. Selbst unsere Exportindustrie produziert viel auf Basis importierter Güter, die zu immer höheren Preisen eingeführt werden müssen. Das volle Ja zu Europa kann sich nicht auf einer Fortsetzungsgeschichte von Rechtsbruch und falschen Verheißungen realisieren.